

# Fünf Thesen zur schweizerischen Politlandschaft

Aktuelle Probleme aus jugendlicher Sicht



Christoph Berchtold  
Kantonsschule Zug  
Schuljahr 2005/2006  
Betreuer: H. Weidmann

## Inhaltsverzeichnis

I.	Vorwort	2
II.	Die Thesen	3
	<b>1. Der Föderalismus – ein Auslaufmodell?</b>	3
	1.1. Die Problematik	3
	1.2. Die Idee von Metropolitanregionen	3
	1.3. Wie weit soll die Entscheidungsfähigkeit der Kantone gehen dürfen?	4
	1.4. Eine zentrale Schweiz	4
	1.5. Schlussfolgerungen	5
	<b>2. Die Mitte verschwindet</b>	7
	2.1. Die Problematik	7
	2.2. Die Krise der FDP	7
	2.3. Die Krise der CVP	7
	2.4. Zahlen	8
	2.5. Schlussfolgerungen	8
	<b>3. Die Wirtschaft wird abstinent</b>	9
	3.1. Die Problematik	9
	3.2. Die Globalisierung als Sündenbock?	9
	3.3. Die Haltung der Parteien zur Globalisierung	10
	3.4. Die Aufgaben von Politik und Wirtschaft	11
	3.5. Schlussfolgerungen	11
	<b>4. Geteilte Gesellschaft</b>	12
	4.1. Die Problematik	12
	4.2. Die Polarisierung in der Politik	13
	4.3. Die Schere zwischen arm und reich	14
	4.4. Die Beziehungen von Stadt und Land	16
	4.5. Die Integration	17
	4.6. Mann und Frau	17
	4.7. Schlussfolgerungen	18
	<b>5. Die Schweiz – (k)ein Sonderfall</b>	19
	5.1. Die Problematik	19
	5.2. Ein EU Beitritt	19
	5.3. Bankgeheimnis	20
	5.4. Schlussfolgerungen	20
III.	Fazit	21
IV.	Bibliografie	22

## I. Vorwort

So verworren der Titel auch klingen mag, was ich mit meiner Arbeit erreichen möchte ist relativ einfach: Anhand ausgewählter Probleme aus verschiedenen Bereichen der schweizerischen Politik möchte ich aufzeigen, wie ein Schweizer Bürger im Maturandenalter denkt. Hierzu werde ich fünf frei erstellte und voneinander unabhängige Thesen aus jugendlicher Optik diskutieren.

Das Thema meiner Arbeit interessiert mich vor Allem deshalb, weil es mich stört, dass die politische Mitte an Kraft einbüsst, es stört mich auch, das Gefühl zu haben, dass sich die Nation in verschiedene Lager zu spalten beginnt und am meisten stört es mich zu merken, dass sich Vordenker und Visionäre aus der Politik abwenden und „Schwarz-Weiss-Politiker“ ihnen den Rang ablaufen. Um das Ziel meiner Arbeit zu erreichen, muss diese persönliche Subjektivität zwingend in die Diskussion einfließen. Diese Arbeit soll nicht als vollständiger Problemerkatalog der Schweizer Politik missverstanden werden. Obwohl es noch zahlreiche weitere interessante Problemfelder gäbe, werden bewusst lediglich fünf Aspekte bearbeitet. Die Form der Thesen scheint mir am Besten geeignet, weil ich damit bildlich provozieren und zum Nachdenken anregen kann.

## II. Thesen

### 1. Der Föderalismus - ein Auslaufmodell?

#### 1.1 Die Problematik

Die Schweiz wird oftmals als eine Willensnation bezeichnet. Geschichtlich gesehen ist dies ein Mythos, denn immer hat der Stärkere dem Schwächeren seinen Willen aufgezwungen. Auch der Gründung des Bundesstaates von 1948 war ein Kraftakt vorausgegangen: sie beruht auf einer Kompromisslösung. Die Verbindung von hohem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Regionen und Minderheitenschutz für kleine Kantone hat sich jedoch lange Zeit als Erfolgsmodell bewährt. Die föderalistische Struktur der Schweiz ist das zentrale Instrument zur Sicherung des inneren Zusammenhalts und garantiert eine bürgernahe Politik und wirtschaftliche Freiheit. Doch die dynamische wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung stellt das träge, veraltete System vor grosse Herausforderungen.

Steht der Föderalismus der wirtschaftlichen Entwicklung im Wege? Gerät er gar durch die eigennützige Steuerpolitik einiger Kantone ins Wanken?

#### 1.2 Die Idee von Metropolitanregionen

An Stelle des Modells von 1848 wird nach neuen Wegen zur Umsetzung eines zeitgemässen Föderalismus gesucht. In den letzten Jahren sind diese Ideen in unzähligen Büchern entwickelt und verfeinert worden. Meine Grundlage sind die beiden Bücher „Föderalismus in Bewegung - wohin steuert Helvetia?“ von Gregory Neugebauer und vor Allem „Baustelle Föderalismus“ von Hansjörg Blöchliger.

Aufgrund von Untersuchungen von Pendlerströmen definierte Blöchliger sechs „Metropolitanregionen“: Zürich, Basel, Bern, Genf, Lausanne, Tessin. Zur Vervollständigung und zu Vergleichszwecken werden ausserdem die drei ländlichen Regionen Westschweiz, Zentralschweiz und Südostschweiz konstruiert. Auch im Buch von Gregory Neugebauer erscheinen in verschiedenen Essays die Ideen von Grosskantonen wie die des Kantons Zentralschweiz, des Kantons Nordwestschweiz, des Kantons „Alpen“ oder der so genannten „Région Lémanique“. Fusionieren - das scheint in der aktuellen Zeit eine völlig normale Sache zu sein. So erhielten nicht nur zahlreiche Unternehmungen durch Fusionen ihre Rentabilität, auch für Kommunen sind Zusammenschlüsse längst kein Tabu mehr. Seit dem Jahr 2000 kamen über 70 Gemeindefusionen zustande. Verwaltungskosten konnten so um ein Vielfaches reduziert werden.

Nun sieht das auf kantonaler Ebene etwas anders aus. Fusioniert man einzelne Kantone zu wirtschaftlichen Supermächten, so haben dezentrale Kantone wie zum Beispiel der Kanton Uri wenig Chance mit ihnen mithalten. Meiner Meinung nach dürfen die wirtschaftlichen Machtzentren nicht weiter zu Lasten der strukturschwachen Kantone gestärkt werden. Der umgekehrte Weg wäre der richtige. Nicht nur in der Politik, auch in der Wirtschaft haben Fusionen die unheilvolle Nebenwirkung KMU's zu verdrängen.

In der Agglomeration Zürich wird jährlich rund ein Drittel des schweizerischen Brutto Inland Produktes (BIP) generiert. Dort leben aber auch rund 2.5 Millionen Menschen, was ein solch grosser Anteil erklärt. Dass die verschiedenen Kantone mit verschiedenen grossen Kellen anrühren, ist aus dem Föderalismus entstanden.

Damit „KMU-Kantone“ wie Uri, Glarus oder Appenzell weiterhin existenzfähig bleiben können, müssen sie entsprechend unterstützt werden.

Mit der Gründung von Metropolitanregionen allein ist nichts getan. Es sollen die Rahmenbedingungen (Verkehr, Steuerbelastung) verbessert werden. Ein funktionierender Föderalismus ohne sozialen Ausgleich ist nicht möglich. Glücklicherweise sind sich dabei die politischen Pole, obwohl aus unterschiedlichen Motiven, für einmal einig, so dass Lösungen wie der Nationale Finanzausgleich (NFA) vorbereitet sind.

### 1.3 Wie weit soll die Entscheidungsfreiheit der Kantone gehen dürfen?

In den letzten Wochen ist die Entscheidungsfreiheit der Kantone wieder ein zentrales Thema geworden. Die beiden Kantone Schaffhausen und, vor allem, Obwalden liessen Herrn und Frau Schweizer aufhorchen. Der Kanton Obwalden, bisher einer der unattraktivsten Kantone für Unternehmungen, entschliesst sich, den Spiess umzudrehen und führt den weltweit tiefsten Gewinnsteuersatz ein. Obwaldens Finanzdirektor Hans Wallimann wird für sein Vorgehen von allen Seiten kritisiert, man sieht die Demokratie in Gefahr und die SP Schweiz will den Volksentscheid gar vor das Bundesgericht ziehen. Für mich ist die Kritik absolut unverständlich. Der Wettbewerb ist die wichtigste Wirtschaftskurbel überhaupt. Es soll jeder Kanton frei entscheiden können, wie weit dieser Wettbewerb gehen soll. Einem Kanton wie dem Kanton Obwalden bleibt gar nichts anderes übrig, als so aggressiv vorzugehen. Ansonsten läuft er Gefahr, dass die grossen Unternehmen und potente Einzelpersonen wegziehen.

### 1.4 Eine zentral organisierte Schweiz

Es stellt sich im Zusammenhang mit dem Föderalismus die Frage: „Braucht es eine zentrale Schweiz?“ Mir ist klar, dass die Schweiz nicht aus 24 Lichtensteins oder Monacos bestehen kann. Die Grösse der Schweiz liegt für einen souveränen Staat an der untersten Grenze. Ansonsten müssten wir uns analog Lichtenstein für nationale Aufgaben an einem grösseren Partner orientieren. Dies lehnt die

Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer grundsätzlich ab. Daher müssen die nachfolgenden wichtigen nationalen Aufgaben zentral wahrgenommen werden.

- Landesverteidigung
- Bahn, öffentlicher Verkehr
- Nationalstrassen
- Geldpolitik, Nationalbank (SNB)
- Gesetzgebung bei Zivil- und Obligationenrecht
- Aussenpolitik

Die Schweiz scheint diese Notwendigkeiten erkannt und gut gelöst zu haben.

Daneben geht die Schweiz in vielen wichtigen Bereichen erfolgreich den föderalistischen Weg:

- Kultur
- Schulwesen
- Direkte Steuern
- Gerichtswesen
- Natur- und Heimatschutz
- Strafvollzug

Meines Erachtens ist die Delegation dieser Aufgaben auf eine tiefere Verantwortungsstufe einer der Erfolgsfaktoren des schweizerischen Föderalismus. Wir müssen das grundsätzlich so belassen. Der Wettbewerb und die Eigenverantwortung funktionieren.

In den letzten Jahren ist allerdings in einigen Bereichen der kantonalen Hoheiten die Komplexität stark gestiegen. Hier ist gut zu überlegen, ob die Kantonshoheit beibehalten werden soll. Dies betrifft die folgenden Bereiche:

- Bildungspolitik (Beruf und Universität)
- Steuerpolitik
- Gesundheitspolitik

## 1.5 Schlussfolgerung

Der Föderalismus ist keineswegs ein Auslaufmodell. Er muss sich der aktuellen Situation agiler anpassen, dann wird er weiterhin eine der grossen Stärken dieses Landes bleiben. Die direkte Steuerpo-

litik überlässt es den Kantonen, wie wettbewerbsfähig sie sein wollen und können und sie sollen weiterhin frei entscheiden können, wie stark sie Einkommen und Vermögen besteuern wollen und ob zum Beispiel die Erbschaft weiterhin besteuert werden soll. Wird der Nationale Finanzausgleich (NFA) konsequent umgesetzt, so werden die wesentlichen Nachteile des Föderalismus eliminiert und die Akzeptanz ist wieder da.

## 2. Die Mitte verschwindet

### 2.1 Die Problematik

Nach dem Sieg der SVP bei den Nationalratswahlen vom 24. Oktober 1999 wird in den Medien von einem „Rechtsrutsch“ gesprochen. Die Lage ist aber nicht so dramatisch, wie sie auf den ersten Blick erscheinen könnte. Von den fünfzehn gewonnenen Sitzen der SVP kommen mindestens acht von der ehemaligen rechtslastigen Freiheitspartei, welche sich in die SVP auflöste. Viel entscheidender ist, dass die Mitteparteien ihre Schiedsrichterfunktion nicht mehr so wahrnehmen können wie früher und dass diese Parteien für den Wähler an Attraktivität verloren haben. Die Gründe dafür sind bei den beiden Mitteparteien nicht die gleichen.

### 2.2 Die Krise der FDP

Seit den Nationalratswahlen im Oktober 1999 spricht man im Zusammenhang mit der FDP immer von einer prekären Krisensituation. Die FDP tut sich schwer, sich von der SVP zu distanzieren, und ihr wird vermehrt die Nähe zur SVP nachgesagt. Das zentrale Problem der FDP liegt darin, dass sie sich selbst blockiert. In den zentralen Fragen ist sie nicht mehr eigenständig und parteiintern uneinig. Eine Partei kann in der Schweiz nur konkurrenzfähig sein, wenn ihre Delegierten geschlossen abstimmen. Dies sieht der frühere Parteipräsident der FDP Schweiz, Rolf Schweiger, ähnlich. Auf die Frage, welches die Hauptursache für die Krise der FDP sei, antwortet er: „Die FDP wird im Politspektrum zwischen links und rechts und zwischen konservativ und fortschrittlich nicht mehr richtig wahrgenommen. Ihr Meinungsspektrum ist zu gross geworden und zu viele Flügel verdecken das Gemeinsame.“<sup>1</sup>

Die FDP politisiert für viele bürgerliche Wähler zu wenig radikal. Dieses Wählerpotential wendet sich vermehrt der SVP zu. Die SVP hat es mit ihrer exponierten Lage natürlich einfacher, diese Leute zu befriedigen. Will die FDP weiterhin politisches Gewicht wahren, muss sie in erster Linie wieder an Volksnähe gewinnen.

### 2.3 Die Krise der CVP

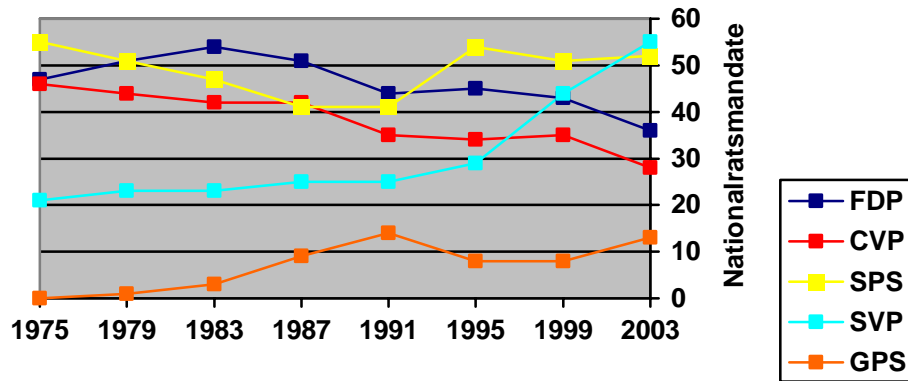
Mit dem verlorenen Sitz im Bundesrat wurde die Krise der CVP eingeleitet. Die „Zauberformel“ hatte ausgedient und erwartungsgemäss musste eine Mittepartei Federn lassen. Mit der Abwahl von Bundesrätin Ruth Metzler zugunsten von Joseph Deiss wurden die Frauen der Mitteparteien herb enttäuscht. Ansonsten hat die CVP das gleiche Problem wie die FDP. Es fehlt an politischer Geschlossenheit. Hinzu kommt, dass das Verhältnis der CVP zur Kirche momentan angespannt ist, da die CVP

---

<sup>1</sup> „Zurück zu unseren Grundsätzen“ St. Galler Tagblatt, 31. März 2004

nicht mehr alle kirchlichen Anliegen unterstützt. Als Folge verliert auch die CVP als Mittepartei ihre Wählerschaft.

## 2.4 Zahlen



## 2.5 Schlussfolgerungen

Die These, dass die Mitte verschwindet, bestätigt sich nur teilweise. Die Mitte wird nicht gänzlich verschwinden, aber weiter an politischer Macht verlieren. Sie ist nicht mehr das Zentrum der politischen Macht. Wollen die Mitteparteien diesen Trend stoppen, so müssen sie in erster Linie wieder als geschlossene Parteien auftreten. Die SVP macht es vor: Wer geschlossen argumentiert, überzeugt die Wähler.

### 3. Die Wirtschaft wird abstinent

#### 3.1 Die Problematik

Bei schweizerischen Wählerumfragen über die Betroffenheit durch aktuelle Probleme stehen regelmässig die Themen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Entwicklung, Einkommensentwicklung, Stellung zu Europa oder Ausländeranteil in den vorderen Rängen der Liste; Themen, die durch die Politik bestimmt werden. Es besteht zweifellos ein grosses Interaktionspotential zwischen Wirtschaft und Politik.

Die Bauern und die Repräsentanten der öffentlichen Dienste haben, verglichen mit ihrem tatsächlichen Anteil in der Bevölkerung, viel zu grosses politisches Gewicht. Sie sind in allen Parlamenten übervertreten. Rund zwei Drittel der Parlamentarier haben einen akademischen Abschluss, während Akademiker in der Bevölkerung nur etwa 10 Prozent ausmachen. Die dominierende Berufsklasse unter jenen sind die Juristen, welche die Wirtschaft nur indirekt - Stichwort Mandate - repräsentieren. Wirtschaftsführer sowie Wissenschaftler ziehen sich vermehrt zurück. Ihre Stelle übernehmen Vertreter der öffentlichen Dienste und Verbandssekretäre. Dieser Rückzugstrend der Wirtschaft aus der Politik stellt in meinen Augen ein zentrales Problem dar.

#### 3.2 Die Globalisierung als Sündenbock?

Die Globalisierung ist nicht etwas, bei dem man dafür oder dagegen sein kann. Sie geschieht einfach. Man kann sie entweder jetzt akzeptieren und sich ihr anpassen oder man kann es in zehn Jahren tun. Verhindern kann man sie nicht<sup>1</sup>.

Denkt man diese Aussage zu Ende, so ist das Wort „Globalisierungsgegner“ ein Unwort. Die Globalisierung ist ein Ergebnis der neuen Kommunikationsmöglichkeiten. Die Welt wird kleiner, mobiler und agiler. Die Politik, auch die schweizerische, muss sie akzeptieren und kann versuchen, daraus wachsende Chancen zu nutzen.

In der globalisierten Welt ist die nationale Politik für die Wirtschaft ein nebensächliches Phänomen. Wir ein Produktionsstandort aufgrund schlechter Politik unattraktiv, so bleibt den Unternehmungen die Möglichkeit des Wegzuges. Diese fatale Entwicklung bleibt weitgehend unbeachtet. Sie initialisierte die Krise der FDP, der klassischen Wirtschaftspartei der Schweiz. Nicht einmal mehr an der sonst so sensiblen Börse hat die Politik Kursrelevanz.

Die Wirtschaft wird unabhängig von der Politik.

---

<sup>1</sup> Vgl. Späth 2000, Internet-Dokument

### 3.3 Die Haltung der Parteien zur Globalisierung

Je nach Thema versuchen die Links- und Rechtsparteien durch Angstkampagnen ihre Eigeninteressen zu verteidigen. Die Mitte verhält sich mehrheitlich passiv. Diese Entwicklung manifestiert sich auch in den entsprechenden Parteiprogrammen.

- SVP:  
„Die SVP ist die einzige Bundesratspartei, die konsequent für eine *neutrale und unabhängige Schweiz* eintritt, indem sie den Beitritt zur EU sowie weitere Annäherungen an die Nato ablehnt. Sie *verurteilt die einseitig auf die EU und internationale Organisationen ausgerichtete Aussenpolitik des vorseilenden Gehorsams* und fordert eine Selbstbewusste und offene Zusammenarbeit der Schweiz mit allen Staaten der Welt. Der Bundesrat hat konsequent die Interessen der Schweiz zu vertreten. Er hat jedem Druckversuch zu widerstehen und sich selbstbewusst für eine unabhängige Schweiz und einen sicheren und starken Wirtschafts- und Finanzplatz einzusetzen.“<sup>1</sup> (Kursive Hervorhebung durch CB)
- FDP:  
„Die bilateralen Verträge mit der EU sind auf die neuen EU-Mitglieder auszudehnen und weitere Abkommen auszuhandeln, um der Schweizer Wirtschaft neue Möglichkeiten zu eröffnen. Dabei ist das für unsere Volkswirtschaft bedeutende Bankkundengeheimnis zu wahren. Im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) soll sich die Schweiz für weitere Liberalisierungsrunden einsetzen, um von den Vorteilen eines *freieren Welthandels*, namentlich *neuen Exportmärkten und tieferen Preisen*, profitieren zu können [...]  
Geordnete Marktöffnungen beispielsweise bei Strom, Post und Telekommunikation (Freigabe der letzten Meile) sollen unter Wahrung der Grundversorgung der Bevölkerung zu einem qualitativ hochstehenden und kostengünstigen Angebot in diesen Infrastrukturbereichen führen.“<sup>2</sup>
- CVP:  
„Grundsatz: Wir wollen unsere Beziehungen zur EU ausbauen, unsere Interessen weltweit wahren und *global für unsere Ideale kämpfen*.“<sup>3</sup>
- SP:  
„Die Aussenpolitik der Schweiz ist einseitig an der Durchsetzung aussenwirtschaftlicher Interessen orientiert. Auch dort, wo wir die Solidarität praktizieren, ist sie in diesen Interessenrahmen eingespannt. Die offiziellen aussenpolitischen Maximen von Neutralität, Universalität und Disponibilität dienen als Rechtfertigung dafür, dass die Schweiz inaktiv ist.  
Wir Sozialdemokraten möchten, dass unser Land im Rahmen unserer aussenpolitischen und

<sup>1</sup> „Wahlplattform Deutsch“ der SVP, Internet-Dokument

<sup>2</sup> Die Position der FDP, Internet-Dokument

<sup>3</sup> Parteiprogramm der CVP, Internet-Dokument

---

militärischen Neutralität aktive Mitarbeit leistet beim Aufbau von *Frieden*, bei der *Entwicklung* und beim *Schutz von Menschenrechten* auf der ganzen Welt.“<sup>1</sup>

Mit dieser Haltung wird keine Partei die Wirtschaftsführer in die Verantwortung der Politik zurückholen können. Die Abstinenz der Führungsschicht wird sich verstärken. Die Wirtschaft wird verstärkt ihre eigenen Wege gehen und der schweizerischen Politik und ihren Vertretern bleibt nichts anderes übrig als zu reagieren.

### 3.4 Die Aufgaben von Politik und Wirtschaft

Die Aufgabe der Wirtschaft ist es, den Konsumenten zu befriedigen. Je besser ihr das gelingt, umso erfolgreicher ist sie. Die Aufgabe der Politik hingegen ist es, den Bürger zufrieden zu stellen. Das Problem ist nur, dass ein Individuum nie dieselben Interessen als Bürger und als Konsument vertreten kann.

Keiner wird zustimmen, wenn Arbeitsplätze bei Schweiz Tourismus gestrichen werden müssen, aber trotzdem geht Herr und Frau Schweizer lieber ans Meer in die Ferien als in die heimischen Berge. Der Bürger X für die Kontrolle der Wirtschaft durch die nationale öffentliche Hand einsetzt. So möchte er nicht, dass die Firma Y ihren Produktionsstandort ins Ausland verlagert und dabei Arbeitsplätze verloren gehen. Bleibt die Firma Y jedoch in der Schweiz, so wird genau dieser Bürger X dennoch das günstigere ausländische Produkt vorziehen. In dieser Hinsicht denkt der Bürger global. Aus diesem komplexen Rollenspiel entsteht das reaktive Verhalten unserer Politik.

Aufgabe von Politik und Wirtschaft wäre es nun, aus diesem Rollenspiel wieder auszubrechen und gemeinsam aktiv und bestimmend zu handeln. Dafür ist aber eine bessere Kommunikation zwischen politischer und wirtschaftlicher Führung erforderlich. Die Politik muss gemeinsam mit der Wirtschaft wieder zeigen, dass sie imstande ist, die Bedingungen festzulegen und die Wege aufzuzeigen.

### 3.5 Schlussfolgerungen

Wirtschaft und Politik haben einander verloren. Der grösste Fehler ist es, die globale Wirtschaft mit der nationalen Politik bändigen zu wollen. Die Politik muss, um für die Wirtschaft wieder interessanter zu werden, sich von Funktionärs- und Verbandspolitik distanzieren, die Interessen der Bürger erkennen, die Ziele bestimmen und die notwendigen Massnahmen ergreifen, um diese zu erreichen. Das kann sie nur, wenn es ihr gelingt, die Wirtschaft wieder ins Boot zu bringen.

---

<sup>1</sup> Parteiprogramm der SP Schweiz von 1982, Internet-Dokument

## 4. Geteilte Gesellschaft

### 4.1 Die Problematik

In der Gesellschaft sind Tendenzen der Spaltung festzustellen. Der Föderalismus, die Grundlage für die nationale Solidarität, ist im Wanken. Das zentrale Problem ist, dass diese Spaltung in vielen verschiedenen Bereichen gleichzeitig auszumachen ist:

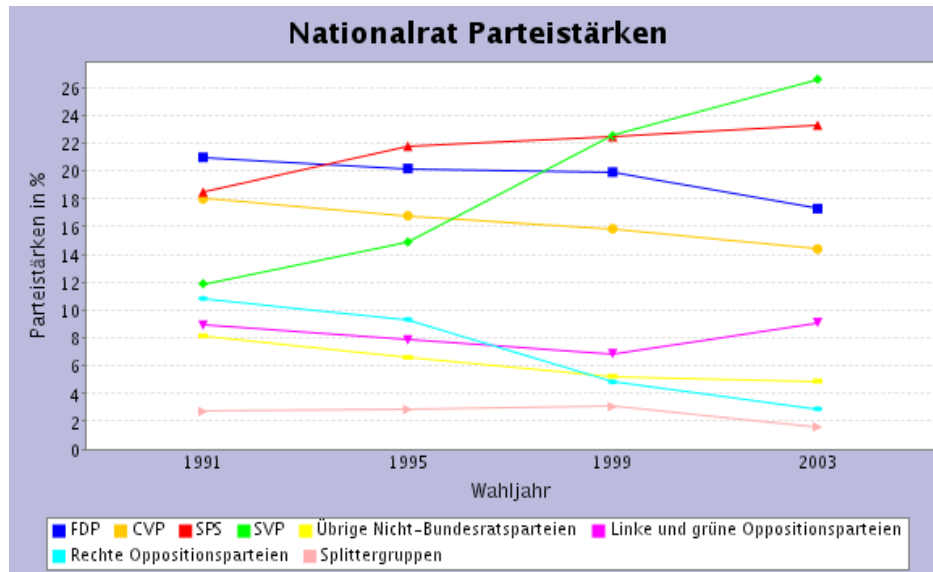
- rechts – links
- arm – reich
- Stadt – Land
- Schweizer – Ausländer
- Mann – Frau

Um diese Differenzen in einem grösseren Zusammenhang betrachten zu können und um mögliche Parallelen zu entdecken, sind sie zuerst zu analysieren:

### 4.2 Die Polarisierung in der Politik

Seit etwa 10 Jahren ist in der schweizerischen Politik die klare Tendenz zur Polarisierung nach rechts und links festzustellen. Die Ausnahme bilden vordergründig nur die rechten Oppositionsparteien. Gründe für diesen Rückgang ist die schleichende Angliederung der Freiheitspartei der Schweiz (vormals Auto-Partei) sowie der Lega dei Ticinesi und der Schweizer Demokraten (SD) an die „Mutterpartei“ SVP. Diese drei Parteien können sich praktisch nur noch auf kommunaler und kantonaler Ebene behaupten, die Lega und die SD besitzen noch je ein Nationalratsmandat.

Zu den Hauptgründen für diese Polarisierungstendenzen gehören die Orientierungslosigkeit und die fehlende Aggressivität der Mitte-Parteien. Dass die FDP den Anschluss an die momentane „Instant-Politik“ verpasst hat, trifft sicher zu. Ausschlaggebender sind mit Sicherheit einerseits die beharrliche Politik, die von den beiden Extremen praktiziert wird, und andererseits die Abstinenz der ehemaligen führenden Vertreter der Wirtschaft in den Mitteparteien. Die Mitte hat sich aus der Politik verabschiedet und wird es weiter tun.



Die Rechte hält trotz Bundesrat Christoph Blocher die Rolle der Oppositionspartei inne. Geschickt wird dramatisiert, dass Blocher wegen dem Prinzip der Konkordanz sich oftmals zähneknirschend der Mehrheit fügen müsse und dass damit seine Parteiinteressen verloren gingen. Erfolgreich gelingt es der SVP ein völlig verzerrtes Bild der aktuellen Lage darzustellen. Wird eine Abstimmung verloren, so gelingt es ihr praktisch immer, sich trotzdem irgendwie als Sieger darzustellen oder zumindest sofort zum Gegenangriff zu starten. Ein Beispiel: Nach der zweiten verlorenen Abstimmung zur bilateralen Thematik, der Personenfreizügigkeit Mitte September 2005, meinte Parteipräsident Ueli Maurer bei der sogenannten Elefantenrunde, die Partei fühle sich jetzt im bilateralen Weg - den sie zuvor bei jeder Abstimmung bekämpft hatte - bestätigt. Im selben Atemzug forderte er den sofortigen Rückzug des in Brüssel „eingefrorenen“ schweizerischen EU-Beitrittsgesuchs.

Aber auch die Linke betreibt eine solide, bürgerfreundliche Interessenspolitik. Der Unmut gegenüber den exorbitanten Löhnen von Managern brachte ihr viel Sympathie bei Otto Normalverbraucher ein und mit dem Kampf gegen Privatisierung und Marktöffnung konnten sie mit der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes im September 2002 einen Etappensieg erzielen, der letztlich den Interessen des Konsumenten widerspricht. Die schweizerische Linke übernimmt das europaweit erfolgreiche Rezept des sozialen Verlangens und Forderns, ohne sich im Geringsten über die Finanzierung Gedanken zu machen.

Während eine Annäherung der Standpunkte für eine pragmatische und tragende Politik nicht auszumachen ist, übt sich der ehemals starke Schiedsrichter in der Mitte in Abwesenheit, und die Wirtschaft löst ihre Probleme im Ausland

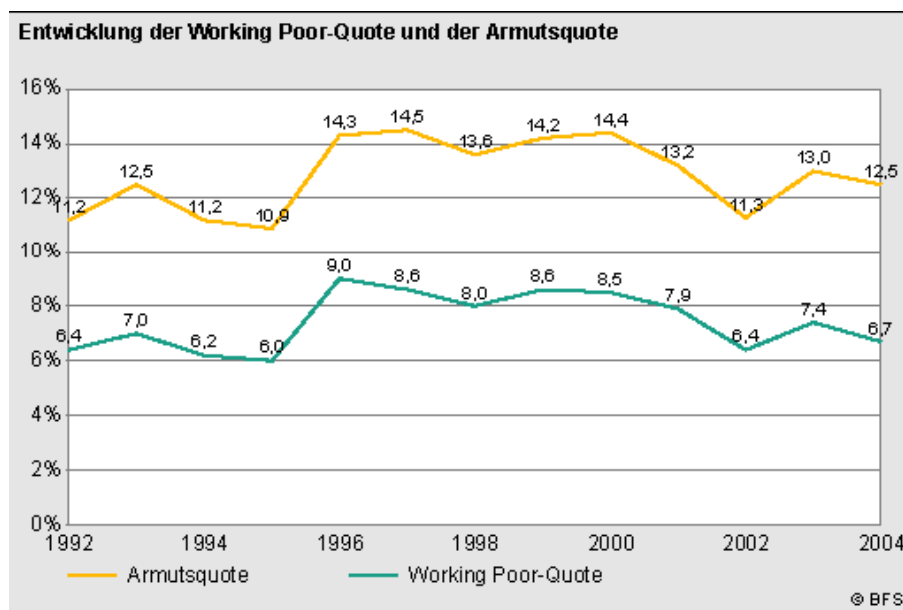
### 4.3 Die Schere zwischen Arm und Reich

Die Armutsgrenze wird von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) differenziert umschrieben. Es sind die Normen, die der Berechnung von Unterstützungsleistungen dienen und darum das Existenzminimum definieren. Zur ersten Armutsgruppe in der Schweiz zählt, wer ein Einkommen von 50 Prozent und weniger eines durchschnittlichen Haushaltseinkommens des jeweiligen Landes hat. Die SKOS erachtet eine Einzelperson in der Schweiz dann als arm, wenn das monatliche Einkommen nach Abzug der Steuern und der Sozialversicherungen 2100 Franken nicht übersteigt. Eine Familie mit mindestens drei Kindern gilt als arm, wenn sie ein Gesamteinkommen von weniger als 4000 Franken aufweist.<sup>1</sup>

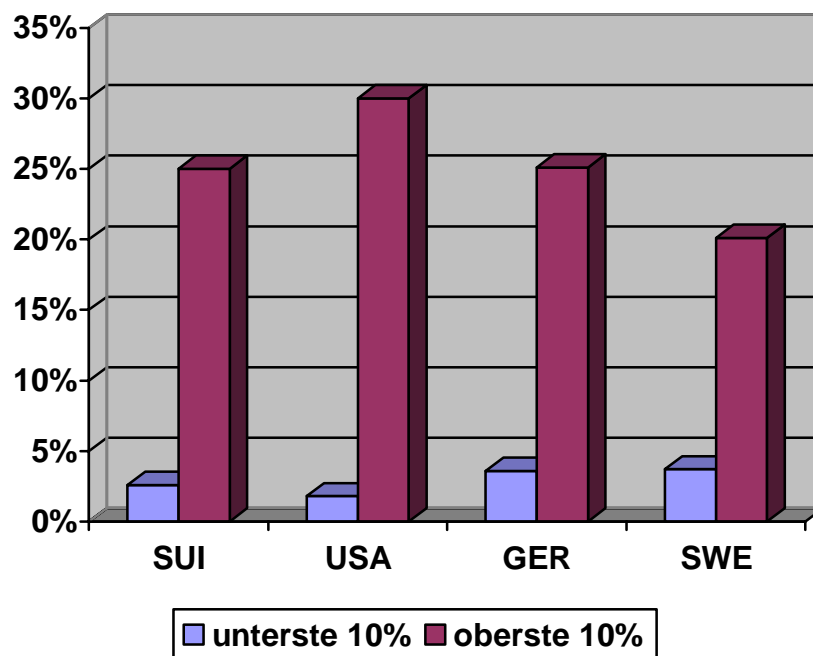
Eine zweite Armutsgruppe bilden die so genannten Working Poor, welche wie folgt definiert werden: Working Poor sind erwerbstätige Personen, die zwischen 20 und 59 Jahre alt sind und in einem armen Haushalt leben. Als erwerbstätig gilt (für die Working Poor-Problematik) eine Person, die:

- mindestens eine Stunde pro Woche erwerbstätig ist und ein Erwerbseinkommen bezieht;
- in einem Haushalt lebt, dessen Mitglieder zusammen mindestens 36 Stunden pro Woche arbeiten.

Die Kategorie der Working Poor umfasst daher lediglich erwerbstätige Personen, die in einem Haushalt leben, dessen kumulierter Erwerbsumfang der Haushaltsmitglieder im Minimum einer Vollzeitbeschäftigung (90% oder mehr) entspricht.<sup>2</sup> Entsprechend diesen Bedingungen, befanden sich im Jahr 1992 rund 11.2% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, wobei 6.4% als Working Poor galten. Im Jahr 2004 nahmen beiden Werte leicht zu, nämlich auf 12.5%, respektive 6.7%.



Die Armen bilden das eine Extrem. Wie sieht es aber aus mit den Menschen, bei welchen Geldsorgen kein Alltagsproblem darstellen? Es ist viel schwieriger eine Reichtumsgrenze zu definieren. Wo beginnt Reichtum? Ist man reich, wenn man eine Villa besitzt, oder mehrere Luxusautos, oder wenn man sich exklusiven Urlaub leisten kann?<sup>3</sup> Nach E. Streuli kann gesagt werden, dass „die relative Reichtumsschwelle für einen Einpersonenhaushalt bei Fr. 100'000.- netto pro Jahr festgelegt werden kann. Eine vierköpfige Familie wäre dementsprechend ab einem Haushaltseinkommen von Fr. 200'000.- reich.“<sup>4</sup> Das wären in der Schweiz rund 3% der Gesamtbevölkerung. Diese beiden Pole vermögen nicht wirklich zu schockieren, vielmehr bestätigen sie die Erwartung. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz mit ihrer Vermögensverteilung nach wie vor gut da. Vergleicht man nämlich den Anteil am BIP der untersten und der obersten 10% der Gesellschaft, so zeigt sich, dass sich die Schweiz in der Grössenordnung von anderen Industrienationen bewegt. Das Einzige, das auffällt, ist, dass die Schweiz als sehr kleine Nation Nationen wie Deutschland und Schweden den Rang ablauft:



Ich stelle also fest, dass in der Schweiz zwar vergleichsweise normale Zustände herrschen, es aber eine beachtliche Anzahl Industrieländer gibt, bei denen die Einkommen gerechter verteilt sind. Schockierend hingegen ist die Einkommensverteilung in der absoluten Spitze, wo Einkommen bis zum 500-fachen eines Normalverdieners festzustellen sind.

<sup>1</sup> Armut in der Schweiz 2003, Internet-Dokument

<sup>2</sup> Bundesamt für Statistik 2005, Internet-Dokument

<sup>3</sup> Vgl. Mäder/ Streuli 2002, Internet-Dokument

<sup>4</sup> A.a.O.

Die Politik wird gemeinsam mit der Wirtschaft durch Umverteilung der höchsten auf die tiefsten Einkommen, durch Steuerabschöpfung, aber auch durch die Einsicht zur Selbstbeschränkung für eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens sorgen müssen. Sonst wird die Polarisierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anhalten.

Bezüglich Arm und Reich gilt es nicht nur die privaten Haushalte zu beachten, sondern auch die Entwicklung bei den Unternehmen. Von der Öffentlichkeit und der Politik kaum beachtet, hat sich auch dort eine Polarisierung zwischen Arm und Reich entwickelt. Die Erträge der KMU nehmen ab, während die Gewinne der grossen Unternehmen steigen. Unternehmensübernahmen mit Arbeitsplatzverlusten und die Bildung von grossen wirtschaftlichen „Klumpenrisiken“ sind die Folge. Im Jahre 1985 war in der Liste der 10 reichsten (börsenkotierter Wert) europäischen Unternehmen gerade einmal eine Firma aus der Schweiz, nämlich die alte „SBG“, vertreten. Heute, 20 Jahre später, belegt die Schweiz mit den Firmen Nestle, Novartis, UBS, CS und Roche gleich fünf Spitzenränge. Die Reichtumsanhäufung geht zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen und diese Riesenkonzerne sind am Land und Sonderfall Schweiz nur noch am Rande interessiert.

#### 4.4 Die Beziehungen von Stadt und Land

In der schweizerischen Politik mit den vielen sachbezogenen Abstimmungen kommen die Differenzen zwischen Stadt und Land deutlicher zum Ausdruck als in anderen europäischen Ländern. Ich erachte diese Differenz jedoch als für die schweizerische Politik weniger ausschlaggebend denn die beiden vorher erläuterten Polarisierungen. Es sind die folgenden Gründe, die mich zu diesem Urteil bringen:

1. Die Differenz zwischen Stadt und Land ist vor allem ein Unterschied der zeitlichen Entwicklung. Bei allen Differenzen der letzten Jahre konnte man feststellen, dass sich diese im Verlaufe der Zeit ausgeglichen haben. Die Differenz scheint sich nicht progressiv zu entwickeln, vielmehr gleichen sich die Standpunkte später an. Das heutige wie künftige Konfliktpotential ist gering, und eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ist nicht gefährdet. Primär läuft auf dem Lande, aus leicht erkennbaren Gründen, die strukturelle Veränderung mit zeitlicher Verzögerung ab.
  2. Die politische Schweiz hat dieses Problem erkannt, und der seit langem gepflegte Föderalismus ist in der Lage, ausgleichend zu wirken. So wurden (Furka-Tunnel, Autobahn Transjurane, zweite Alpentransversale) und werden (NFA, Service Public in Randregionen, Porta Alpina) Projekte unterstützt und realisiert, die bei einer rein rationalen Beurteilung nicht bestehen könnten. Das schweizerische Parlament, wie auch der Stimmbürger haben immer wieder bewiesen, dass sie die Anliegen der Randregionen sehr differenziert und wohlwollend beurteilen.
-

Bei der Behandlung der Probleme zwischen Stadt und Land verfügt die Schweiz mit dem historisch gewachsenen Föderalismus über eine Tradition und Kultur der Konfliktprävention, wie sie für die Lösung der heute wichtigen nationalen Problemen, vor allem das Verhältnis zu Europa und Integration noch nicht vorhanden ist. Im Kapitel 1 – Föderalismus - ein Auslaufmodell? – bin ich ausführlich darauf eingegangen.

#### 4.5 Schweiz – Ausland

Die Schweiz ist außerordentlich stark historisch geprägt und orientiert sich sehr stark an den gemachten Erfahrungen. Diese Feststellung gilt für die Politik noch mehr als für die Wirtschaft. Das Reduit, einst eine reaktive militärische Strategie gegen eine äussere Bedrohung, ist mit dem damals erzielten Erfolg die dominierende schweizerische Geisteshaltung geworden. Alles Fremde scheint fragwürdig, das Neue ist unbekannt und damit abzulehnen. Die Polarisierung zwischen Ausländern und Schweizern basiert auf diesem historisch gewachsenen Weltbild und der damit entstandenen Reflexhaltung. Die Differenzen sind, weil gewachsen, kaum zu beheben. Die Integration der Ausländer als einziges taugliches Mittel zur Differenzbereinigung wird mit allen Mitteln bekämpft. Die Schweiz wird, ob sie will oder nicht, nicht um diese Integration herumkommen, sie hat in ihrer Entwicklung bereits von den ausländischen Arbeitskräften aber auch von anderen fremden Leistungen profitiert. Hier einige einfache Beispiele und Feststellungen:

- Wer baut und unterhält unsere bauliche Infrastruktur ohne ausländische Arbeitskräfte?
- Wer leistet die schlecht bezahlten Dienstleistungen?
- Wer finanziert die Sozialwerke wenn die Produktivität ohne fremde Arbeitskräfte sinken würde?

#### 4.6 Mann und Frau

Die Differenzen zwischen Mann und Frau zum Kampf der Geschlechter hochzuspielen, wird der Bedeutung nicht gerecht. Der schweizerische Gesellschafts-Konservatismus hat auch in dieser Frage eine Verzögerung gebracht. Die Integration der Frau in Beruf und Gesellschaft verlief weniger schnell als in anderen Ländern.

Heute stelle ich fest, dass keines der Schlüsselprobleme eine so schnelle Veränderung erfährt wie die Rollenverteilung. Das Tempo ist zurzeit derart hoch, dass man sich fragen muss, ob die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen zu bewältigen sind. So wird mit dem höheren Anteil an Frauen mit Hochschulausbildung auch der Anteil an kinderlosen Frauen stark steigen. 38.6% der Frauen mit Hochschulausbildung (Jahrgänge 1960-64) sind heute bereits kinderlos.<sup>1</sup> Dieser Anteil wird in Kürze auf über 50% ansteigen.

---

<sup>1</sup>Im Zeichen der Harmonisierung NZZ, 29.12.05

## Anteil kinderlose Frauen

Nach Alterskohorte und Bildungsniveau, 2000, in Prozent

Generation	Keine Ausbildung	Sekundar I	Sekundar II	Tertiär
1930 - 1934	13.8	12.6	18.3	29.2
1935 - 1939	11.4	11.5	16.9	27.1
1940 - 1944	12.6	11.9	17.7	27.9
1945 - 1949	13.3	12.8	19.0	29.5
1950 - 1954	13.2	14.4	20.5	32.1
1955 - 1959	13.7	16.0	21.3	33.9
1960 - 1964	15.5	17.4	24.1	38.6

„In der Schweiz werden rund 1.4 Kinder pro Frau geboren. Hinter diesem Durchschnittswert verstecken sich freilich zahlreiche Nuancen und Unterschiede. Allerdings haben sich die unterschiedlichen Fruchtbarkeits-Niveaus angenähert, ja angeglichen, wie eine neue Studie des Bundesamtes für Statistik zeigt. Nach wie vor sind es aber meistens die hochqualifizierten Frauen, die ganz auf Kinder verzichten.“<sup>1</sup>

Die Differenzen zwischen Mann und Frau werden sich weiter schnell abbauen. Diese notwendige Differenzbereinigung wird begleitet von grossen demographischen Veränderungen, wobei die Kinderlosigkeit mittelfristig am meisten Probleme bringen wird. Die Sozialwerke müssen auf diese Veränderungen mit Leistungsabbau oder Prämienerrhöhungen reagieren. Die AHV mit ihrer Generationen-Solidarität ist in Frage gestellt. Obwohl die Probleme klar voraussehbar und unabwendbar sind, will die Politik diese heisse Kartoffel nicht anfassen.

### 4.7 Schlussfolgerungen

Zur geteilten Gesellschaft gilt es festzustellen, dass zwischen allen Polaritäten, nämlich rechts zu links, arm zu reich, Stadt zu Land, fremd zu schweizerisch und Mann zu Frau Parallelen bestehen. Diese Spannungsfelder bauen sich gegenseitig auf, die polarisierenden Parteien leben davon und die Wirtschaft ist daran nicht interessiert. Es sind dies die unerfreulichen und schwierigen Perspektiven der Schweiz von heute und morgen.

<sup>1</sup>Im Zeichen der Harmonisierung NZZ, 29.12.05

## 5. Die Schweiz - (k)ein Sonderfall

### 5.1 Die Problematik

Die Schweiz ist mit ihrem Staatsmodell ein politischer Sonderfall. Sie besitzt weder eine starke Zentralgewalt noch hat sie eine Staatsreligion. Auf kleinem Raum werden vier verschiedene Sprachen gesprochen mit der Grundidee einer losen Interessengemeinschaft verschiedener Kulturen. Sie gilt als die „älteste Demokratie der Welt“. Diese spezielle Situation verunmöglicht die Übernahme anderer Modelle.

Beim Auftritt an der Weltausstellung in Sevilla 1992 provozierte der Künstler Ben Vautier mit dem Motto „La suisse n'existe pas“, „Die Schweiz gibt es nicht“, und er traf damit genau den wunden Punkt. Die Eidgenossenschaft war und ist sich ihres Weges unsicherer als auch schon. Wichtige Entscheidungen zum künftigen Weg der Schweiz müssen in den nächsten Jahren gefällt werden.

In diesem Kapitel werde ich zwei Sonderfall-Aspekte ausführen.

### 5.2 Ein EU-Beitritt

Europa hat sich in den letzten Jahren verändert. Aus der EFTA entwickelte sich die Europäische Gemeinschaft (EG) und später die EU, eine gesamteuropäische, politische Vereinigung. Die Aussen- und die Sicherheitspolitik wurden aneinander angepasst und mit einer gemeinsamen Währung demonstriert, dass die EU weit mehr als nur ein Lippenbekenntnis ist. Die Osterweiterung wird in der Schweiz skeptisch mitverfolgt und die Zweifel an einem Beitritt blieben konstant hoch. Zwar hat die Schweiz mit der Annahme von Schengen/Dublin und der Personenfreizügigkeit einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, der Weg bis zur EU bleibt jedoch lang und steinig.



### 5.3 Bankgeheimnis

Das Bankgeheimnis ist eine weitere Spezialität des „Sonderfalls Schweiz“. Im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt ist die damit verbundene Bedrohung des Bankgeheimnisses einer der Vorbehalte. Dass Länder wie die Schweiz ein stark geschütztes Bankgeheimnis haben, ist der EU ein Dorn im Auge. Die EU stösst sich daran, dass ihre Bürger Gelder in die Schweiz verschieben und so an der Steuerbehörde vorbeischleusen. Da Steuerhinterziehung in der Schweiz keine Straftat darstellt, leistet sie in diesem Fall auch keine Rechtshilfe. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Schweiz nicht darum herumkommen wird, EU-Beitritt hin oder her, eine Zinsbesteuerung in der Höhe von 20%-30% des Zinsertrages für Guthaben aus dem EU-Raum einzuführen.

### 5.4 Schlussfolgerungen

Dass die Schweiz eine spezielle Position in Europa einnimmt, ist dokumentiert. Der EU-Beitritt wird in den nächsten zehn Jahren realistisch, und das Bankgeheimnis werden wir in diesen Verhandlungen behalten können. Die Schweiz ist jedoch trotzdem kein Sonderfall und wird auch keiner werden.

### III. Fazit

Die zentrale Erkenntnis aus meiner Arbeit gilt für alle fünf Thesen. Es spielt keine Rolle ob es sich um interne Probleme wie zum Beispiel den Unterschied zwischen Armen und Reichen oder internationale Aspekte wie den EU-Beitritt geht. Die Schweiz muss sich von der Rolle des Schwerenöters, welcher vor Veränderungen zurückschreckt, lösen. Sie muss wieder aktiv werden, Visionen haben, und vor allem braucht sie wieder Elan zur Gestaltung. Veränderungen wie die Globalisierung kann man nicht bremsen oder gar stoppen. Man muss Veränderungen erkennen und sich ihnen stellen und die politischen Prozesse zur Mitgestaltung nutzen. Es hat keinen Sinn, an alten Idealen festzuhalten. Die Welt verändert sich immer schneller, also müssen auch die Anpassungen an diese Welt immer agiler geschehen. Mein Fazit: Selber verändern, nicht aber verändert werden. Diese Aufgabe wird die heutige Jugend in den nächsten Jahren zu übernehmen haben.

Steinhausen den 31. Dezember 2005

## IV. Bibliografie

### Bücher

- Blöchliger, Hansjörg: Baustelle Föderalismus - Metropolitanregionen versus Kantone: Untersuchungen und Vorschläge für eine Revitalisierung der Schweiz. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2005
- Frik, Silvan: Ist die schweizerische Sicherheitspolitik europafähig? Die Neutralität im Lichte der Entwicklungen der ESVP. Zürich/ Chur: Rüegger, 2002
- Gabriel, Jürg Martin: Sackgasse Neutralität. Zürich: Hochschulverlag an der ETH Zürich, 1997
- Neugebauer, Gregory: Föderalismus in Bewegung- wohin steuert Helvetia? Zürich: Franz Ebner, 2000
- Sommaruga, Simonetta und Strahm, Rudolf H: Für eine moderne Schweiz. Ein praktischer Reformplan. München/Wien: Hanser, 2005.
- Späth, Lothar: Strategie Europa: Ein Zukunftsmodell für die globalisierte Welt. Hamburg: Rowohlt Verlag, 2005
- Weibel, Friedrich: Die Erosion der Mitte. Europa und die Krise der Bürgerlichen in der Schweiz. Zürich/ Chur: Rüegger, 2003.
- Widmer, Paul: Schweizer Aussenpolitik. Zürich: Ammann Verlag, 2003

### Internet

- Armut in der Schweiz (PDF-Dokument) (28.12.2005)  
<http://www.armut.ch/fakten/SAH-DossierArmut.pdf>
- Basler Denkanstösse: Lothar Späth, Wirtschaft und Politik in einer globalisierten Welt (07.03.2005)  
[http://www.basler.denkanstoesse.ch/pages/05\\_b.html](http://www.basler.denkanstoesse.ch/pages/05_b.html)
- Bundesamt für Statistik, diverse Statistiken und Diagramme (28.12.2005)  
<http://www.bfs.admin.ch>
- Das Elektrizitätsmarktgesetz (22.12.2005)  
<http://www.parlament.ch/do-archiv-elektrizitaetsmarktgesetz>
- Das Manifest der GPS. (PDF-Dokument) (23.12.2005)  
[http://www.gruene.ch/d/portrait/manifest\\_d.pdf](http://www.gruene.ch/d/portrait/manifest_d.pdf)
- Das schweizerische Parlament (22.12.2005)  
<http://www.parlament.ch/homepage.htm>
- Die FdP unter Druck (NZZ-Artikel) (29.11.2004)  
<http://www.nzz.ch/2004/11/29/il/page-newzzE24M0AWZ-12.html>
- Die Krise der politischen Mitte (NZZ-Artikel) (29.11.2004)  
[http://www.nzz.ch/dossiers/2004/krise\\_der\\_mitte/2004.02.01-il-article9DP81.html](http://www.nzz.ch/dossiers/2004/krise_der_mitte/2004.02.01-il-article9DP81.html)

Die Position der FdP (PDF-Dokument). (23.12.2005)

[http://www.fdp.ch/files/content/element/42914/Doku\\_Inhalte\\_und\\_Positionen\\_Nov05.pdf](http://www.fdp.ch/files/content/element/42914/Doku_Inhalte_und_Positionen_Nov05.pdf)

Erosion und Erneuerung der Parteien im Konkordanzsystem (NZZ-Artikel) (29.11.2004)

[http://www.nzz.ch/dossiers/dossiers1999/wahlen\\_schweiz/wahl981024longchamp.html#toppage](http://www.nzz.ch/dossiers/dossiers1999/wahlen_schweiz/wahl981024longchamp.html#toppage)

Freiheits-Partei (ex-Autopartei) (PDF-Dokument) (22.12.2005)

<http://www.anneepolitique.ch/docu/HP-FP.pdf>

Parteiprogramm der CVP (PDF-Dokument). (23.12.2005)

<http://www.cvp.ch/upload/cms/user/Parteiprogramm-dt.pdf>

Parteiprogramm der SP Schweiz von 1982 (PDF-Dokument). (23.12.2005)

<http://al.sp-ps.ch/data/DIV/PP-D/pp1982-d.pdf>

The World Factbook (28.12.2005)

<http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/index.html>

„Wahlplattform Deutsch“ der SVP (PDF-Dokument). (23.12.2005)

[http://www.svp.ch/file/Plattform\\_deutsch.pdf](http://www.svp.ch/file/Plattform_deutsch.pdf)

Zur sozialen Verträglichkeit des Reichtums (PDF-Dokument) (28.12.2005)

[http://www.radix.ch/d/data/data\\_180.pdf](http://www.radix.ch/d/data/data_180.pdf)

## Bild-/Diagrammnachweis

Titelbild                      Karikatur „election“

<http://www.nebelspalter.ch/magazin/magazin.htm> (27.12.2005)

Seite 8                        Mandatsverteilung im Nationalrat zwischen 1975 und 2003 (28.12.2005)

[http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/politik/wahlen/blank/kennzahlen0/national\\_rat/mandatsverteilung.ContentPar.0003.DownloadFile.tmp/je-d-17.2.3.1.xls](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/politik/wahlen/blank/kennzahlen0/national_rat/mandatsverteilung.ContentPar.0003.DownloadFile.tmp/je-d-17.2.3.1.xls)

Seite 13                      Diagramme über Entwicklung der Parteistärken. (23.12.2005)

<http://www.politik-stat.ch/nrw2003/CH/diag.shtml>

Seite 15 (oben)            Armut in der Schweiz (28.12.2005)

[http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/einkommen\\_und\\_lebensqualitaet/lebensqualitaet/blank/analysen\\_berichte.Document.65956.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/einkommen_und_lebensqualitaet/lebensqualitaet/blank/analysen_berichte.Document.65956.html)

Seite 15 (unten)          Einkommensverteilung (28.12.2005)

<http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/index.html>

Seite 18                      Im Zeichen der Harmonisierung

NZZ vom 29.12.2005, Tabelle

Seite 19                      Karikatur „Stimmzettel“

<http://www.nebelspalter.ch/magazin/magazin.htm> (27.12.2005)